



Inhaltsverzeichnis

24.03.2026	tagesschau.de: Castor-Transport soll starten: Atommüll aus Jülich kommt nach Ahaus	3
23.03.2026	deutschlandfunk.de: Nordrhein-Westfalen Verlegung des radioaktiven Atommülls von Jülich nach Ahaus kostet mindestens 90 Millionen Euro	5
23.03.2026	WAZ.de: Atommüll-Transporte: Gegner rechnen mit Start am Dienstag und Route durch Duisburg	6
23.03.2026	NWZ online (Nordwest-Zeitung): Atomkraft-Gegner rechnen mit weiterem Castor-Transport über Nordenham	8
23.03.2026	Elbe-Jeetzel-Zeitung Online: BGE: Neuer Stand bei der Endlagersuche kommt später	10
24.03.2026	Haller Kreisblatt: Tausende Polizisten sichern Atommüll-Transport in NRW	11

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



tagesschau.de

Castor-Transport soll starten: Atommüll aus Jülich kommt nach Ahaus

24. März 2026 05:59 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

152 Behälter mit rund 300.000 Brennelement-Kugeln sollen aus einem alten Versuchsreaktor in Jülich nach und nach in Richtung Brennelemente-Zwischenlager in Ahaus transportiert werden. Am Dienstagabend sollen die ersten Castoren mit **Atommüll** losrollen.

Eigentlich ist der Zeitpunkt des **Atommüll**-Transports streng geheim, dass es aber am Dienstagabend schon soweit sein könnte, berichten mehrere Quellen unabhängig voneinander dem WDR.

Die Castoren müssen über rund 170 Kilometer vom Kreis Düren bis ins Münsterland transportiert werden, einmal quer durch Nordrhein-Westfalen. Der tonnenschwere Spezial-Lastwagen soll dabei in erster Linie über die Autobahnen in NRW fahren.

90 Millionen Euro für den Transport nach Ahaus

Bereits seit 2013 steht fest: Der **Atommüll** in Jülich muss weg, denn seitdem besteht keine Aufbewahrungsgenehmigung mehr. Kurzzeitig stand auch der Bau eines neuen Zwischenlagers in Jülich im Raum - das hatte man wegen hoher Kosten wieder verworfen. Gelbe Castorenbehälter im Forschungszentrum Jülich

Nach Angaben der **Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen** (JEN) soll die Vorbereitung und der Transport in das Brennelemente-Zwischenlager nach Ahaus 90 Millionen Euro kosten, die Kosten für den begleitenden Polizeieinsatz über die Autobahn nicht eingerechnet. Ein neues Zwischenlager in Jülich wäre demnach deutlich teurer.

Kritik der

Atomkraftgegner

am Zwischenlager

Atomkraftgegner kritisieren den geplanten Castor-Transport seit Jahren. Bei einem Infoabend warfen sie den Betreibergesellschaften vor, eine alternative Lagerung in Jülich nicht ausreichend geprüft zu haben. Ein Kritikpunkt: Der **Atommüll** wird nicht in ein **Endlager**, sondern in Ahaus in ein weiteres Zwischenlager gebracht.

Darüber hinaus stellten die **Atomkraftgegner** die Sicherheit der Transporte in Frage. Die **Jülicher Entsorgungsgesellschaft** versicherte aber, dass die Strahlung während der Transporte geringer sei als die tägliche Hintergrundstrahlung. Demnach müsse man rund 20 Stunden direkt neben einem Castor stehen, um in etwa so viel Strahlung abzubekommen, wie bei einem 20-stündigen Flug nach New York.

Verschiedene Initiativen gegen **Atomkraft** haben bereits Demonstrationen gegen die Transporte angekündigt - sowohl in Jülich als auch in Ahaus.

Kritik auch von der

Landesregierung

Die NRW-Landesregierung ist ebenfalls gegen die Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus. Vor knapp vier Jahren hatten CDU und Grüne in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, sich "für eine Minimierung von **Atomtransporten**" einzusetzen. "Im Fall der in Jülich lagernden Brennelemente bedeutet dies, dass wir die Option eines Neubaus eines Zwischenlagers in Jülich vorantreiben", heißt es dort weiter. Das Zwischenlager in Ahaus

Ein solcher Neubau wäre Voraussetzung gewesen, um die Transporte zu verhindern. Die Landesregierung hatte dafür Grundstücke in Jülich gesichert und auch Geld im Landeshaushalt eingestellt. Das nützte nichts, denn das letzte Wort in der Frage "Transport oder Neubau" hat der Bund.

Der hat zwar die Neubau-Pläne für ein Jülicher Zwischenlager nie offiziell für beendet erklärt, der Prozess dauert aber sehr lange - eine Genehmigung dafür liegt bis heute nicht vor. Die Transport-Lösung nach Ahaus dagegen kam schneller voran.

BUND scheitert mit Klage

Der Umweltverband BUND hatte in der Vergangenheit versucht, die Transporte mit einer Klage zu stoppen. Anfang März entschied jedoch das zuständige Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg: Die Castor-Transporte dürfen stattfinden.

Der Transport der Castoren

Bis zu vier Schwerlasttransporter zu je 130 Tonnen können jeweils einen Castor von Jülich nach Ahaus transportieren. Insgesamt soll der Konvoi um den Castor-Transport rund 100 Fahrzeuge umfassen, außerdem sind mehrere tausend Polizeibeamte in ganz NRW im Einsatz, schätzt die Polizeigewerkschaft GdP.

Die Genehmigung dafür wurde im Sommer 2025 erteilt und ist zwei Jahre gültig. Bei insgesamt 152 Castoren mit **Atom Müll** ist in nächster Zeit also mit vielen Castortransporten ins Münsterland zu rechnen.

In Ahaus befindet sich eines von insgesamt 16 Zwischenlagern - dort wird aktuell der **Atom Müll** gelagert. Ein **Endlager** gibt es derzeit noch nicht, nach einem passenden Standort wird gesucht.

Unsere Quellen: BGZ Ahaus JEN Jülich Bundesamt BASE Stadt Ahaus Landesregierung NRW Bund für Umwelt- und Naturschutz BUND Bürgerinitiative "Kein Atommüll in Ahaus"

Sendung: WDR.de, Castor-Transport soll starten: Atommüll aus Jülich kommt nach Ahaus, 24.03.2026, 5.59 Uhr

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



deutschlandfunk.de

Nordrhein-Westfalen-Verlegung des radioaktiven Atommülls von Jülich nach Ahaus kostet mindestens 90 Millionen Euro

23. März 2026 15:44 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Die Verlegung des Atommülls aus dem Jülicher Forschungszentrum in das Zwischenlager in Ahaus in Nordrhein-Westfalen wird mindestens 90 Millionen Euro kosten. Das teilte die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) auf einer öffentlichen Informationsveranstaltung in Ahaus mit.

Im Zwischenlager Ahaus befinden sich bereits Castor-Behälter mit radioaktivem Müll aus verschiedenen ehemaligen Atomkraftwerken. (picture alliance / dpa / Guido Kirchner)

Unter anderem mussten an den Straßen Umbauarbeiten für die potenziellen Transporte vorgenommen werden. Den Angaben zufolge sind in der genannten Summe die Kosten für den begleitenden Polizeieinsatz nicht enthalten. Wie die JEN erklärte, wären die Kosten für den Neubau eines Zwischenlagers in Jülich deutlich höher gewesen.

Die Betriebserlaubnis für die Lagerstätte in Jülich ist vor Jahren ausgelaufen. Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung genehmigte im vergangenen Jahr den Transport von 152 Castorbehältern mit rund 300.000 Brennelementkugeln nach Ahaus. Auch bei diesem Standort handelt es sich nur um ein Zwischenlager. Die Behälter sollen einzeln mit Spezial-Lastwagen transportiert werden. Der Termin für die Fahrten obliegt laut der JEN der Geheimhaltung. Atomkraftgegner kündigten Proteste an.

Diese Nachricht wurde am 23.03.2026 im Programm Deutschlandfunk gesendet.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

W WAZ.de

Atommüll-Transporte: Gegner rechnen mit Start am Dienstag und Route durch Duisburg

23. März 2026 15:52 | Medienart: Online | Visits/Monat: 18.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Duisburg.

Der Start der Castor-Transporte steht kurz bevor. Der **Atommüll** wird wohl durch sieben Duisburger Stadtteile rollen. Der BUND warnt vor „absolutem Irrsinn“.

Atomkraftgegner rechnen damit, dass der erste von 152 Castor-Transporten in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch quer durch Nordrhein-Westfalen rollt – und auf einem Abschnitt über Duisburger Stadtgebiet. Die Anzeichen verdichten sich, dass der **Atommüll** wie erwartet über die A42 und die Beeckerwerther Rheinbrücke transportiert wird. Am Wegesrand der mit einem Großaufgebot der Polizei gesicherten Schwerlasttransporte werden voraussichtlich die Duisburger Stadtteile Baerl, Beeckerwerth, Beeck, Bruckhausen, Alt-Hamborn, Obermeiderich und Neumühl liegen, in einigen Abschnitten mit Wohnbebauung.

Auf der gut 170 Kilometer langen Strecke von Jülich (Kreis Düren) ins münsterländische Ahaus (Kreis Borken) sollen mit Spezial-Lkw über die Straße rund 300.000 Brennelemente-Kugeln aus dem früheren Versuchsreaktor in Jülich per Lkw transportiert werden. Es wurden 152 Einzeltransporte beantragt, die aber gebündelt werden könnten.

[Wir schicken Ihnen jeden Abend die wichtigsten News und exklusive Storys aus Duisburg – persönlich, mit Angeberwissen, Event- und Gastro-Tipps..]

Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus: Es bleibt nur der Weg über die A42

Seit im Sommer 2025 das **Bundesamt** für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung** (BASE) einem Logistikunternehmen im Auftrag der **Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen** (JEN) den Transport der Brennelemente ins Zwischenlager Ahaus genehmigt hat, wird über die Route spekuliert. Die Streckenführung unterliegt der Geheimhaltung. Allerdings gibt es wegen der notwendigen Rheinquerung kaum eine Auswahl. Probefahrt eines leeren Castor-Behälters: Die Testfahrt führte am 21. November 2023 über die A59. Dieser Streckenabschnitt steht wegen der maroden Berliner Brücke nicht mehr zur

Verfügung.

Probetransporte führten Ende 2023 über die A44-Brücke am Flughafen Düsseldorf, durch das Autobahnkreuz Kaiserberg (A3/A40) und das Kreuz Duisburg (A40/A59), über die A59 und die A42. Diese Zickzack-Route ist wegen der Ablastung der maroden Berliner Brücke (A59) auf Lkw bis maximal 40 Tonnen nicht mehr möglich – ein Castortransporter wiegt insgesamt etwa 130 Tonnen.

Der Weg auf der A3 geradeaus Richtung Oberhausen dürfte wegen der Großbaustelle im Kreuz Kaiserberg und der Engstellen dort auf absehbare Zeit ebenfalls versperrt sein. Weil die Schwertransporte also in Duisburg weder durch den „Spaghettiknoten“ noch über die A59 fahren können, kommt auch die neue Rheinbrücke Neuenkamp (A40) nicht infrage – es bleibt nur noch die nördlichste Rheinquerung im Autobahnnetz NRW: die A42 mit der Beeckerwerther Rheinbrücke. Drohnenverbotszone für Polizeieinsatz

Für diese Route spricht auch die Flugverbotszone für Drohnen (von Freitag bis Freitag, 27. März) entlang der Autobahnen von Jülich nach Ahaus, die das Bundesverkehrsministerium vorige Woche anscheinend versehentlich auf der „Digitalen Plattform Unbemannte Luftfahrt“ (dipul.de) veröffentlicht hatte.

Der WDR berichtete über das Drohnenverbot „wegen eines polizeilichen Einsatzes in Nordrhein-Westfalen“. Diese Verbotszone gilt auch für die A57 und die A42 in Duisburg, zwischen den Kreuzen Kamp-Lintfort und Oberhausen-West. Castor-Transporte durch NRW: Panne bei Castor-Transport: Castor-Transporte genehmigt: BUND warnt vor Gefahren: „Der absolute Irrsinn“

Im juristischen Kampf gegen die **Atommüll**-Transporte spielt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) eine Schlüsselrolle im Lager der Gegner. Die Duisburger Aktivistin Kerstin Ciesla ist die zweite Vorsitzende des BUND NRW. Auch sie rechnet mit dem ersten Castor-Transport in der Nacht auf Mittwoch: „Darauf deuten verschiedenste Quellen hin.“

Der BUND wollte den Transport mit der Begründung verhindern, dass die Sicherheit der Castoren bei der Fahrt über die Straßen im Fall von Störmaßnahmen Dritter nicht gewährleistet sei. Das Verwaltungsgericht Berlin hatte einen ersten Eilantrag zurückgewiesen, das Oberverwaltungsgericht bestätigte diesen Beschluss.

„Aber in der Hauptsache haben sich beide Gerichte noch nicht mit den Sicherheitsrisiken und -bedenken auseinandergesetzt“, erklärt Ciesla. „Dass der größte **Atommüll**-Transport, den es jemals in der Bundesrepublik gab, trotzdem starten soll, ist der absolute Irrsinn.“ Ciesla verweist auf ein Gutachten zu möglichen Terrorgefahren bei den Transporten: „Wendet man dies auf die Strecke der A42 an, wird mir angesichts der dichten Wohnbebauung übel.“ Es sei „einfach zu gefährlich, 288.161 bestrahlte Brennelemente durch das dicht besiedelte Ruhrgebiet zu transportieren“. BUND plant am Dienstagabend Mahnwache in Baerl

Der BUND NRW plant am Dienstag, 24. März, eine Mahnwache in der Nähe der Castor-Strecke. Die Gegner der Transporte wollen sich in Duisburg-Baerl treffen: um 20 Uhr, an der Ecke Hegentweg/Rheindeichstraße, mit Blick auf die Beeckerwerther Rheinbrücke.

Radioaktive Fracht

Atomkraft-Gegner rechnen mit weiterem Castor-Transport über Nordenham

Nordenham

Geheimsache Castor-Transport: Wird im Nordenhamer Hafen bald wieder radioaktiver Abfall umgeschlagen? Atomkraft-Gegner gehen davon aus.

- Wird es in diesem Jahr einen weiteren Transport von radioaktiven Abfällen über Nordenham geben? Die Gegner dieser Castor-Transporte halten das für wahrscheinlich. Auf jeden Fall plant die Gesellschaft für Nuklear-Service im Auftrag der deutschen Kernkraftwerksbetreiber einen solchen Transport aus der Wiederaufbereitungsanlage im englischen Sellafield in das staatliche Zwischenlager in Brokdorf.

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) hat die erforderliche Transportgenehmigung dafür erteilt. „Mit dem Transport werden die letzten Abfälle aus der Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente im Ausland nach Deutschland zurückgebracht“, teilt die GNS mit.

Umschlag auf Eisenbahnwaggons

Der Transport soll über einen deutschen Seehafen zum staatlichen Zwischenlager in Brokdorf in Schleswig-Holstein führen. Und hier könnte einmal mehr der Nordenhamer Midgard-Hafen ins Spiel kommen. Der Umschlag der Castoren auf Eisenbahnwaggons hat hier schon zweimal stattgefunden, zuletzt im April vergangenen Jahres. Die Sicherheitsvorkehrungen sind bei solchen Transporten enorm hoch. Ein großes Polizeiaufgebot sichert den Transport entlang der Strecke ab. So war es auch im April vergangenen Jah-

res, als das Spezialschiff „Pacific Grebe“ mit sieben Castor-Behältern im Nordenhamer Stadthafen anlegte. Damals führte der Transport ins Zwischenlager Ohu/Isar bei Landshut.

Aus Sicherheitsgründen sind der Zeitpunkt des Transports und der deutsche Zielhafen Geheimsache. Im vergangenen Jahr verlief der Umschlag in Nordenham ohne Zwischenfälle. Das Demonstrationsgeschehen war überschaubar, und die Proteste verliefen friedlich.

Wie die GNS mitteilt, haben sich die Betreiber der deutschen Kernkraftwerke zur Rücknahme der Abfälle aus der Wiederaufarbeitung ihrer Brennelemente im Ausland vertraglich verpflichtet. Darüber hinaus bestehen völkerrechtliche Vereinbarungen zwischen Deutschland und Großbritannien, die die Rücknahme sicherstellen.

Zur Rücknahme verpflichtet

Wie die GNS weiter mitteilt, war es bis 2005 gängige Praxis, dass ein Teil der in deutschen Kernkraftwerken verbrauchten Brennelemente zur Wiederaufarbeitung in entsprechende Einrichtungen in England und Frankreich gebracht wurde. Nach ihrem Einsatz in den Kernkraftwerken enthielten die Brennelemente weiterhin verwertba-

re Brennstoffreste, deren Aufarbeitung und Wiederverwendung sowohl wirtschaftlich sinnvoll war als auch zur Reduzierung der zu entsorgenden Abfallmengen beitrug. Zurück blieben nicht mehr verwertbare radioaktive Stoffe, die entsorgt werden müssen. Zu ihrer Rücknahme haben sich die Kernkraftwerksbetreiber privatrechtlich sowie die Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich verpflichtet.

Die letzten Abfälle aus der französischen Wiederaufbereitungsanlage in La Hague wurden 2024 zum staatlichen Brennelemente Zwischenlager Philippsburg gebracht. Die Rückführung aus Frankreich ist damit abgeschlossen. Aus Sellafield waren insgesamt 20 Castor Behälter mit Abfällen nach Deutschland zurückzubringen. Sechs davon wurden 2020 im staatlichen Zwischenlager Biblis eingelagert, sieben im Jahr 2025 im Zwischenlager Isar. Die letzten sieben Behälter kommen in diesem Jahr nach Brokdorf.

Die GNS weist darauf hin, dass die Sicherheit von Mensch und Umwelt beim Transport und bei der Lagerung radioaktiver Materialien immer an erster Stelle stehe. Atomkraft-Gegner sehen allerdings eine große Gefahr in den Transporten.

Wörter:	451	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Jens Milde	Visits (VpD) ¹ :	150.353
Rubrik:	WESERMARSCH	Unique Users	32.000
Medienkanal:	ONLINE	(UUpD) ² :	
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: https://www.nwzonline.de/wesermarsch/castor-transport-ueber-nordenham-gegner-rechnen-mit-um-schlag-radioaktiver-abfaelle_a_4,2,4249096778.html

¹ von PMG gewichtet 11-2025

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+



Kritik von der BI

BGE: Neuer Stand bei der Endlagersuche kommt später

Das Wendland ist beim Standortauswahlverfahren noch nicht raus. Die Anti-Atom-Aktivisten bemängeln: "Das Warten geht weiter"

Lüchow-Dannenberg. Bis es in Deutschland ein Endlager für hoch radioaktiven Atommüll gibt, werden noch Jahrzehnte vergehen. Erst kürzlich wurde bekannt, dass die Zielmarke 2031 für eine Standortbenennung offenbar vom Tisch ist. Doch auch bei den Zwischenschritten hin zur Benennung eines Standorts gibt es Verzögerungen. Das sorgt für Kritik von der Bürgerinitiative Umweltschutz (BI) Lüchow-Dannenberg.

Geplant war, dass die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) Ende Juni einen neuen Zwischenstand präsentiert. Den will sie nun erst Ende Oktober vorlegen. „Das heißt für große Teile Norddeutschlands, also auch für das Wendland, dass das Warten weitergeht“, merkt die BI an. Ihr Sprecher Wolfgang Ehmke verwies auf die „großen grauen, bisher unbewerteten Flächen“ auf der BGE-Karte, die noch im

Pool sind und die auch das Wendland berühren. Ende 2027 will die BGE eine geringe Zahl von Standortregionen benennen, die dann im Rennen bleiben und näher erkundet werden. Am Ende entscheidet der Deutsche Bundestag über die Auswahl der Standortregionen per Gesetz.

BGE sieht es anders

Die BGE stellt die Situation anders dar. Man werde im Herbst zwei ursprünglich geplante Termine zusammenlegen. Am 27. Oktober werde die BGE eine Karte zeigen, in der für alle Teilgebiete die Prüfschritte 1 und 2 und für einige Gebiete auch die Prüfschritte 3 und 4 abgeschlossen sein werden. Dadurch können dann bereits erste Gebiete der Kategorie B gezeigt werden. "Gebiete der Kategorie B lassen eine gute Eignung erwarten, werden im weiteren Verfahren aber nicht weiter betrachtet, weil nur die besten Gebiete (Katego-

rie A) in die weitere Auswahl für die Endlagerung hoch radioaktiver Abfälle kommen", heißt es in einer Pressemitteilung. Durch das Vorziehen der Veröffentlichung von B-Gebieten, die ursprünglich erst im Frühjahr 2027 aufgeführt werden sollten, verspricht sich die BGE Vorteile, unter anderem, weil sich die BGE dann 2027 vollständig auf die Fertigstellung des Standortregionenvorschlags konzentrieren könne.

Erscheinungstag: 05.03.2026 Kategorie: Lüchow-Dannenberg Standort: Berlin/Gorleben Atommüll

Endlagersuche: Zielmarke 2031 wird wohl gestrichen

BI sieht in neuer Entwicklung "ein Stück Ehrlichkeit" und verweist darauf, dass die längere Zwischenlagerung in Gorleben nun "amtlich" sei

Wörter: 366
 Autor/-in: Redaktion
 Rubrik: Menü
 Medienkanal: ONLINE
 Mediengattung: Online News
 Medientyp: ONLINEMEDIEN

Ausgabe:
 Visits (VpD)¹:

Einzelausgabe
 7.150

Weblink: <https://www.ejz.de/lokales/bge-neuer-stand-endlagersuche-kommt-spaeter-id495680.html>

¹ von PMG gewichtet 11-2025

Tausende Polizisten sichern Atommüll-Transport in NRW

Die Behälter mit hoch-radioaktivem Material sollen von Jülich durchs Ruhrgebiet bis ins Münsterland gebracht werden. Initiativen kündigen Proteste an.

Düsseldorf. Atomkraftgegner bereiten sich darauf vor, dass der erste von Dutzenden Castor-Transporten in dieser Woche durch NRW rollen wird. Der in 152 Behältern lagernde Atommüll soll auf einer Strecke von 170 Kilometern von Jülich bei Aachen ins westfälische Ahaus gebracht – und dort zwischengelagert werden. Demonstranten kündigen Proteste für „Tag X“ an, weshalb sich das Land NRW auf den Einsatz von Tausenden Polizisten einstellt.

Die Brennelemente stammen aus dem Versuchsreaktor Jülich, der 1988 stillgelegt wurde. Die Betriebserlaubnis für die Lagerstätte war vor Jahren ausgelaufen. Deshalb sollen die Atommüll-Behälter mit rund 300.000 Brennelementkugeln ins Münsterland gebracht werden, wo sie ebenfalls zwischengelagert werden sollen. Die genauen Transportpläne unterliegen der Geheimhaltung, da sie ein potenzielles Anschlagziel sind. Über den Zeitpunkt und die konkrete Route wird seit Monaten gerätselt.

Hinweise lieferte nun unfreiwillig das zuständige Bundesverkehrsministerium, da dies im Internet eine Flug-

verbotszone für Drohnen veröffentlicht hatte, die sich im Bereich der Autobahnen von Jülich nach Ahaus erstreckt. Die Zone führt unter anderem über die Autobahnen A 44 und A 46. Sie gilt seit verganginem Freitag und bis zum 27. März – und wird mit einem „polizeilichen Einsatz in NRW“ begründet. Das deutet auf den geplanten Castor-Transport hin.

Die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen rechnet mit Kosten von 90 Millionen Euro. Darin seien die Ausgaben für den Polizeieinsatz noch nicht enthalten. Laut einer Schätzung der Gewerkschaft der Polizei könnten gar bis zu 4.500 Polizisten gebraucht werden, um den Transport auf den Autobahnen zu begleiten und um Blockaden zu verhindern, sagte Landeschef Patrick Schlüter aus Versmold. Eine offizielle Bestätigung blieb jedoch aus.

Castor-Transporte quer durch NRW seien eine „Zumutung“ für Bevölkerung und Einsatzkräfte, sagt die Co-Vorsitzende der OWL-Grünen, Julia Eisentraut, dieser Zeitung. Die Sicherheit der Beteiligten müsse bei den anstehenden Transporten „oberste Priorität“ haben. Vom Bund fordert Eisentraut jetzt ein

tragfähiges Konzept zur Zwischen- und Endlagerung von Atommüll. „Die Bundesregierung hätte diesen Einsatz vermeiden können: Statt Atommüll mitten durch unser Bundesland zu fahren, hätte sie einen Neubau in Jülich unterstützen sollen, damit die Brennelemente dort in einem Zwischenlager verbleiben können“, sagt Eisentraut, die für die Grünen im Landtag sitzt. Hintergrund ist, dass auch das Zwischenlager in Ahaus nur eine Genehmigung bis 2036 hat. Die Bundesregierung habe dennoch den von den Grünen geforderten Neubau in Jülich blockiert, moniert die Partei. Das Oberverwaltungsgericht in Münster hatte Ende 2024 nach einer Klage grünes Licht für den Atommüll-Transport von Jülich nach Ahaus gegeben.

Es gelte allen „erratischen Bemühungen“ der Atomkraft etwas entgegenzusetzen, sagt Karsten Otte von der Bezirkskonferenz Naturschutz OWL. Wenn man auch nach Jahrzehnten nicht wisse, wie ihr Abfall entsorgt werden könne, dann solle man von dieser Technologie „lieber die Finger lassen“, so Otte.

Wörter:	434	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Ingo Kalischek und Lukas Brekenkamp	Auflage ¹ :	7.096 (gedruckt) 9.858 (verkauft) 10.701 (verbreitet)
Seite:	1	Reichweite ² :	0,03491 (in Mio)
Ressort:	NW-Politik		
Rubrik:	301-HK		
Medienkanal:	PRINT		
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT		

¹ von PMG gewichtet 01/2026

² von PMG gewichtet 7/2025